



FAIR STATT ENTFESSELT!

ZEHN FORDERUNGEN AN TTIP

Welthandel braucht Regeln. Ein Abkommen zwischen den USA und der EU ergibt für die Bürgerinnen und Bürger nur Sinn, wenn wir damit die entfesselte Globalisierung in soziale und gerechte Bahnen lenken. Wir stellen zehn Forderungen an die Verhandelnden:

- **Keine privaten Schiedsstellen (ISDS)** zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten. Leider haben Akteure versucht, diesen Punkt zu relativieren. Deswegen haben wir uns für eine Klarstellung eingesetzt, um den Ausstieg unmissverständlich zu beschreiben. ISDS ist damit ausgeschlossen. Auch das CETA-Abkommen mit Kanada ist in seiner derzeitigen Form damit nicht zustimmungsfähig.
- Weitreichende **Arbeitnehmerrechte**: Regeln für die globalisierte Wirtschaft, damit Handel fair, gerecht und nachhaltig vonstattengeht. Dazu gehören die acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), Regeln für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln sowie die OECD-Richtlinien für multinationale Unternehmen.
- Die **kulturelle und mediale Vielfalt** der EU soll von TTIP nicht berührt werden. Die Buchpreisbindung soll darüber hinaus in ihrer jetzigen Form bestehen bleiben.
- **Öffentliche Daseinsvorsorge**: Dienstleistungen im allgemeinen öffentlichen Interesse und im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse, bspw. die Wasserversorgung und soziale Dienste, werden ausgenommen.
- Der **Marktzugang für Dienstleistungen** für ausländische Anbieter wird nur nach einem "Positiv"-Listenansatz geregelt: Nur Dienstleistungen, die explizit genannt sind, werden für ausländische Anbieter geöffnet.
- Keine Kompromisse für **Verbraucherstandards**: Keine Herabsetzung unserer Standards bei Lebensmitteln und der Umwelt. Dies gilt auch für genetisch veränderte Lebensmittel und deren Kennzeichnung. Kein geklontes, gentechnisch verändertes oder hormonell behandeltes Fleisch.
- Die Koordinierung von Standards, die **regulatorische Kooperation**, darf niemals die Gesetzgebungskompetenz und Prozesse demokratischer Willensbildung unterlaufen oder verlangsamen. Das Recht der Parlamente darf nicht eingeschränkt werden.
- Regeln zum **Datenschutz** müssen sich an der geltenden europäischen Datenschutzrechtsprechung orientieren. Dies gilt auch für eine zukünftige Datenschutzgrundverordnung in der EU. Der Schutz persönlicher Daten muss in allen Teilen des Abkommens gesichert, garantiert und respektiert werden.
- Zukünftig muss es eine größere **Transparenz** bei den Verhandlungen zu TTIP geben. Die Öffentlichkeit muss besser informiert werden.
- Eine verbindliche **Menschenrechtsklausel** soll die Sicherung der Grundrechte garantieren. Massenhafte Spionage muss beendet werden.

Ihre SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

facebook.com/SPDfuerEuropa - twitter.com/SPDEuropa - www.spd-europa.de